

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/60

Bonn, den 28. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Eindeutiger SPD-Erfolg</u>	50

Zum Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen

1a	<u>Der Demokratie verpflichtet</u>	43
----	------------------------------------	----

Zur zweiten offenen Brief der SED an die SPD

2	<u>Franz Xaver Unertl &amp; Co.</u>	46
---	-------------------------------------	----

Münchens Anti-Olympia-Komitee

Von Herbert Bermeitinger

3	<u>Bewegung in den Genfer Abrüstungsverhandlungen</u>	48
---	---	----

Amerikaner suchen Annäherung an die Sowjets

Von Pierre Simonitsch, Genf

4 - 5	<u>Die Schlacht am Smith Square</u>	95
-------	-------------------------------------	----

England rechnet mit Labour-Wahlsieg

Von Fritz Segall, London

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

### Eindeutiger SPD-Erfolg

---

#### Zum Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen

sp - Der Wahlerfolg der SPD in Hamburg ist eindeutig, daran gibt es nichts zu mäkein. Für die Sozialdemokraten, die Christlichen Demokraten und die Freien Demokraten brachte der Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahl einige Überraschungen. Die SPD hatte mit einem Verlust von ein bis zwei Mandaten gerechnet, die CDU erwartete sogar einen sozialdemokratischen Verlust von zehn Sitzen; sie hoffte ihn als Gewinn auf ihr Konto einheimen zu können. Die Bürger der größten Hafenstadt und der zweitgrößten Industriestadt Deutschlands entschieden anders. Sie bestätigten nicht nur die bisherige SPD-Majorität in der Hamburger Bürgerschaft, sie fügten ihr sogar noch zwei Sitze hinzu. Mit 59 Prozent aller abgegebenen Stimmen und mit nunmehr 74 Mandaten von 120 erreichten die Sozialdemokraten das bisher für sie höchste Ergebnis der Nachkriegszeit - ein eindrucksvoller Beweis für das Vertrauen, das die große Mehrheit der Hamburger Bürger dem sozialdemokratisch geführten Senat entgegenbringt.

Die CDU mußte ihre ehrgeizige Hoffnung weit zurückstellen, sie gewann zwar zwei Mandate zu ihren bisherigen 36, verlor jedoch im Vergleich zu den Bundestagswahlen mehr als ein Drittel aller Stimmen. Der Ausgang dieser Wahl ist um so bitterer für die CDU, da sie große Erwartungen an den Auftritt von CDU-Bundesprominenz, mit Bundeskanzler Erhard an der Spitze, geknüpft hatte. Das Erscheinen und die Wahlhilfe der CDU-Bundesprominenz hinterließen, gemessen am Wahlergebnis, kaum nennenswerte Spuren. Die CDU liegt mit 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen weiter unter einem Drittel, ihr Gewinn hält sich im Vergleich zu 1961 in recht bescheidenen Grenzen.

Den Freien Demokraten schien an diesem regnerischen Wahlsonntag nicht die Sonne des Wahlglücks, sie sind mit dem Verlust von vier Mandaten - nunmehr acht von zwölf - die eigentlichen Verlierer dieser Wahl. Der Zug zum Zwei-Parteien-System scheint sich auch in der Hansestadt fortzusetzen.

Wem verdanken die Sozialdemokraten ihren geradezu spektakulären Erfolg? Wohl in erster Linie der an den Notwendigkeiten dieser Millionenstadt sich orientierenden sachlichen Aufbauarbeit des sozialdemokratisch geführten Senats, der seit dem Zusammenbruch 1945, von einer Legislaturperiode abgesehen, die Geschichte der Stadt leitet. Sachverstand, Zähigkeit, Fleiß und Ausdauer werden vom Senat groß geschrieben, und die Hamburger wissen dies zu würdigen. Bürgermeister Weichmann, erst seit einem Jahr im Amt, setzt die Linie bedeutender Vorgänger fort, seine Persönlichkeit gibt die Garantie für eine weitere harmonische Zusammenarbeit des Senats. Die Sozialdemokraten vermehrten ihr Vertrauenskonto auch in jenen Bezirken, in denen sie schon die absolute Mehrheit besaßen und widerlegten damit die Mär vom Sättigungsgrad. Es gibt für keine Partei mehr festgefügte Grenzen, sie sind fließend geworden. Auffallend ist, daß in den sozialdemokratischen Mehrheitsbezirken auf die NDP die wenigsten Stimmen entfielen.

Hamburgs Geschick liegt mit der neugewählten Bürgerschaft wieder in guten Händen.

### Der Demokratie verpflichtet

---

Zum zweiten offenen Brief der SED an die SPD

Der zweite an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gerichtete offene Brief der kommunistischen SED enthält im wesentlichen den kaum verhüllten Versuch einer Rechtfertigung der Zwei-Staaten-Theorie und aller sich aus dieser künstlichen Konstruktion ergebenden Konsequenzen. Darin ist auch der Versuch einer Rechtfertigung des Schießbefehls an Mauer und Zonengrenze enthalten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird - wie ihr Vorsitzender Willy Brandt bereits angekündigt hat - zu gegebener Zeit Punkt für Punkt auf den Rechtfertigungsversuch der kommunistischen SED für ihre Politik eingehen.

Von aktueller Bedeutung ist die in dem Schreiben der SED bekundete Absicht, in Versammlungen diesseits und jenseits der Zonengrenze die Deutschland betreffenden Fragen öffentlich erörtern zu wollen. Hierauf haben Willy Brandt und Herbert Wehner bereits eine Antwort gegeben. Um jedes Mißverständnis auszuschalten, ist sowohl von Brandt als auch von Wehner klargestellt worden, daß die SPD nicht daran denkt, sich für sogenannte Einheitsfront- oder Volksfrontmanöver mißbrauchen zu lassen. Gleichzeitig wurde betont, daß eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen SED keine Hinnahme der Zwei-Staaten-Theorie bedeutet und daß innerdeutsche Gespräche nur dann möglich sind, wenn kein Teilnehmer an öffentlichen Veranstaltungen nachträglich Schaden daran leidet.

Es wird den Machthabern in Pankow nichts nützen, wenn sie versuchen sollten, durch die Fortsetzung der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu verwischen. Ebenso ist es abwegig, wenn man in Pankow vielleicht glaubt, die SPD durch zweiseitige Aktionen von parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat abdrängen zu können, von jener Staatsform also, der die SPD verpflichtet ist.

Ferner wird man in Pankow folgendes zur Kenntnis nehmen müssen: Die deutsche Frage kann nicht von den Sozialdemokraten allein gelöst werden; ihre Lösung muß von allen tragenden politischen Kräften des deutschen Volkes angestrebt werden. Aus diesem Grunde wird die SPD weiter um eine Gemeinsamkeit dieser Kräfte in der Bundesrepublik bemüht bleiben. Es gibt kein Mittel, das geeignet sein könnte, die demokratischen Kräfte in Deutschland mit Hilfe der Sozialdemokratie auseinanderzudividieren.

Das "Große deutsche Gespräch", das die kommunistische SED möglicherweise jetzt anstrebt, kann nur stattfinden, wenn sich die Kommunisten über die Bedeutung dieser grundsätzlichen Fragen klar sind, das heißt, wenn sie sich zu der Einsicht durchringen können, daß die deutsche Demokratie als Ganzes zu verstehen ist.

Franz Xaver Unertl & Co.

Münchens Anti-Olympia-Komitee

Von Herbert Bermeitinger

24 Stunden vor dem Abflug des Münchner Oberbürgermeisters Dr. Hans Jochen Vogel (SPD) und seines CSU-Kollegen, Bürgermeister Brauchle, zum Präsidenten des Internationaler Olympischer Komitees in den Vereinigten Staaten, machten fünf bayerische CSU-Bundestagsabgeordnete von sich reden: Telegrafisch forderten Franz Xaver Unertl und vier weitere CSU-Parlamentskollegen Oberbürgermeister Vogel auf, angesichts der angespannten Finanzsituation von Bund und Land sowie der Stadt München auf die Olympia-Bewerbung zu verzichten.

Natürlich versäumten es die Mitglieder des Anti-Olympia-Komitees nicht, rechtzeitig die Presse von ihrem mutigen Schritt zu unterrichten, zumal da die Pressekonferenz von Sportbund-Präsidenten Daume sowie der beiden Münchner Bürgermeister in Bonn bereits angekündigt war. Niemand wird bestreiten, daß Abgeordnete das Recht haben, sich auch gegen die Olympia-Bewerbung Münchens zu wenden. Es muß aber die Frage erlaubt sein, weshalb die Herren des Anti-Olympia-Komitees mit ihren Bedenken warteten, bis sich nicht nur Bundestag und bayerischer Landtag, Bundesregierung und Münchner Stadtrat, sondern auch unzählige andere Organisationen sich einmütig für die Bewerbung ausgesprochen hatten und OB Vogel auch auf internationalem Parkett wertvolle Hilfe zusagten. Daß Bund, Länder und Gemeinden nicht gerade im Geld schwimmen, ist nicht erst seit vergangener Woche bekannt. Daß aber das "Wirtschaftswunderland" bis zum Jahre 1972 in der Lage ist, die erforderlichen Mittel aufzubringen (in die sich Bund, Bayern und München zu je einem Drittel teilen), kann doch erstlich nicht bestritten werden. Oder wollen die fünf CSU-Abgeordneten etwa bestreiten, daß die Bundesrepublik nicht in der Lage sein sollte, das zu tun, was Mexiko tun wird und was andere Länder, etwa Spanien, bis 1972 gerne tun würden?

Die Verantwortlichen für den Querschuß gegen die Olympia-Bewerbung sind übrigens der Meinung, daß ein Verzicht Münchens ein "Akt politischer Einsicht und Bescheidenheit" wäre, der dem deutschen Ansehen im In- und Ausland von Nutzen sein dürfte. Eine Begründung für diese Behauptung sind die Unertl und Co. schuldig geblieben; und im Bundestag haben sie, als der Olympia-Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten auf der Tagesordnung stand, mannhaft geschwiegen.

Zum Thema Bescheidenheit darf noch vermerkt werden, daß OB Vogel dafür vor der Bundespressekonferenz in Bonn ein Musterbeispiel geliefert hat. Als er sagte, daß die Münchner Wähler schließlich bei der jüngsten Kommunalwahl auch über die Förderer der olympischen Bewerbung "abgestimmt" hatten, verwies er nicht etwa auf seinen überragenden persönlichen Erfolg, sondern auf seinen CSU-Kollegen Brauchle und sagte: "Wir beide, die wir voll und ganz hinter der Bewerbung Münchens standen und stehen, wir beide haben zusammen 97 Prozent der Stimmen auf uns vereinigt." Kein Wunder, daß ein Pressevertreter dieses Wort des Mannes, der mit 78 Prozent der Stimmen gewählt worden war, mit dem Satz kommentierte: "Da ist ja sportliche Fairness, das ist olympischer Geist in der Politik!"

## Bewegung in den Genfer Abrüstungsverhandlungen

---

### Amerikaner suchen Annäherung an die Sowjets

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die Diskussion über ein Abkommen zur Nichtweitergabe von Atomwaffen ist vergangene Woche in der Phase von Verhandlungen Artikel für Artikel eingetreten. Als erste haben die USA ein gewisses Zugeständnis gemacht, indem sie ihren ursprünglichen Vertragsentwurf in einigen Punkten abänderten. In einer neuen Fassung, die der gegenwärtige amerikanische Delegationschef Adrian Fisher der Abrüstungskonferenz unterbreitete, wurden die zwei wichtigsten Artikel neu formuliert und die Möglichkeiten gemeinsamer atomarer Verteidigungssysteme enger begrenzt.

Die USA hatten diesen Schritt zuvor mit ihren Verbündeten - darunter die Bundesrepublik - abgesprochen. Der neue Text des amerikanischen Vertragsentwurfs über die Nichtweitergabe von Atomwaffen hält sich im wesentlichen an den Wortlaut der Botschaft Präsident Johnsons vom 27. Januar an die Abrüstungskonferenz. Er verbietet einen Transfer der "nationalen Kontrolle" über Kernwaffen direkt oder indirekt durch Drittstaaten, Staatengemeinschaften, Armeeinheiten, Militärpersonal oder Personal unter dem Kommando einer Militärallianz. Ein Zusatzartikel definiert den Begriff "Kontrolle über Atomwaffen" als "Recht oder Fähigkeit, Kernwaffen ohne den zustimmenden Beschluß einer existierenden Atommacht abzufeuern".

Eine solche vertragliche Verankerung des Vetorechts von mindestens einer gegenwärtigen Atommacht in allen etwaigen multilateralen Nuklearverteidigungssystemen kommt nicht nur den östlichen Vorstellungen einen Schritt entgegen, sondern befriedigt auch die meisten NATO-Staaten. Im ersten amerikanischen Vertragsentwurf war dieses Veto nicht ausdrücklich enthalten gewesen; Großbritannien hatte deshalb öffentliche Einwände dagegen vorgebracht.

Neu bei der Definierung des Vetorechts in atomaren Gemeinschaftslösungen ist der Hinweis, daß den teilnehmenden Nichtatomstaaten nicht nur das Recht, Kernwaffen ohne Zustimmung einer tatsächlichen Atommacht abzufeuern, sondern auch die "Fähigkeit" (ability) dazu vorenthalten werden soll. Dies kann nichts anderes heißen als physische oder technische Verhinderung der Fähigkeit, Atomwaffen anzuwenden. Obwohl die deutsche Bundesregierung immer unterstrichen hat, daß sie keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen sucht, sieht die Bonner Diplomatie diese Definierung im amerikanischen Entwurf eines weltweiten Atomsperrvertrages dennoch mit einigem Unbehagen. Man hält offensichtlich an der Theorie fest, ein Atomsperrvertrag und die Probleme einer "Teilung der nuklearen Verantwortung" innerhalb der NATO seien zwei völlig verschiedene Angelegenheiten. Ein Zuschnitt des Atomsperrvertrages auf die NATO-Probleme zur Beruhigung des Ostblocks sei demnach unangebracht.

Diese Auffassung wird aber nicht mehr von allen atlantischen Verbündeten geteilt. Amerikaner und Briten versuchen mit mathematischer Methodik den genauen Punkt herauszufinden - falls ein solcher Punkt existiert -, an dem ein Abkommen einschließlich aller Nebenfragen sowohl für die Sowjetunion als auch für die Bundesrepublik annehmbar ist. Die gegenwärtige intensive diplomatische Tätigkeit, die Reisen und Konsultationsgespräche beweisen das Bemühen der Hauptakteure, vorsichtig nach allen Seiten zu manövrieren.

## Die Schlacht am Smith Square

England rechnet mit Labour-Wahlsieg

Von Fritz Segall, London

In der Mitte des rechteckigen Platzes stehen noch die Ruinen einer völlig zerschossenen historischen Kirche, die nach dem letzten Kriege nicht wieder aufgebaut werden konnte. Nur wenige Minuten entfernt fließt die Themse, befindet sich das britische Parlamentsgebäude. Zum Teil wird der Platz auch heute noch von Häusern umrahmt, die in ihrer Vornehmtheit an die Glanzzeit eines vergangenen Jahrhunderts erinnern.

Es muß ein fast revolutionäres Ereignis gewesen sein, als hier vor einigen Jahrzehnten das Verwaltungsgebäude der heute größten britischen Gewerkschaft, der "Transport and General Workers Union", errichtet wurde, das noch von ihrem damaligen Generalsekretär, dem späteren Außenminister der Attlee-Regierung, Ernest Bevin, eingeweiht wurde. In einem anderen Gebäude, unvergleichlich vornehmer, siedelte sich der konservative Parteivorstand an, dem später, wieder zwei Türen weiter, die Zentrale der Liberalen folgte, so daß jetzt alle Parteien Großbritanniens freundschaftlich die Post austauschen, wenn sie, was gelegentlich vorkommt, falsch abgeliefert wird.

Hier also, dicht nebeneinander, befinden sich die Nervenzentren der britischen Politik. Während des Wahlkampfes beginnt um 10.30 Uhr die erste der Pressekonferenzen, die nacheinander von den drei Parteien an jedem Vormittag gegeben werden. In der Labour Party herrscht ein freundlich unbeschwerter Ton. Len Williams, der Generalsekretär, leitet die Zusammenkünfte, Schatzkanzler "Jim" Callaghan trägt vor und beantwortet die Fragen. Nicht selten nennen sich Minister und Pressevertreter beim Vornamen. Natürlich ist bekannt, daß sich unter ihnen auch "Berichterstat-ter" befinden, die zwei Häuser weiter dem Oppositionsführer Heath berichten, was sich ein paar Minuten vorher im Transport House zutrug.

### Nervöse Tories

Angstlich beobachtet Heath seine neben ihm sitzenden Helfer, die gleichzeitig seine Aufpasser sind, die ihm sein stereotypes Lächeln abgewöhnten, ihm eine neue Stimme angewöhnten und abrieten, zusammen mit Wilson und dem Führer der Liberalen vor der Mattscheibe eine politische Diskussion zu führen. Bei den Liberalen, die stets guter Hoffnung sind, und die mit neun Abgeordneten auch nicht viel zu verlieren hätten, herrscht ein mehr als preußischer, forscher und militärischer Ton, der eine Sicherheit vertuscht, die sich zum mindesten im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte niemals verwirklichen wird.

Obwohl es nur noch wenige Tage bis zum 31. März sind, weisen die Resultate von nunmehr vier demoskopischen Instituten, die Befragungen im Landesmaßstab vornehmen, auf einen Wahlsieg Labours hin. Die Ergebnisse liegen zwischen 15,5 und 7,3 mit einem Durchschnitt von 11,7 Prozent für die Regierung. Selbst eine Umfrage, die nur an Frauen gerichtet wurde, brachte Labour eine Majorität. Das bekannteste Buchmacherbüro Londons hatte bis zum 22. März eine Million Pfund (etwa elft Millionen DM) meistens für einen Labour-Sieg (10:1) angenommen. Die stockkonservative Sonntagszeitung "Sunday Telegraph" mußte feststellen, daß "die Überlegenheit Labours größer ist, als je eine Partei in irgendeiner der vorausgegangenen Wahlen seit dem Kriege erreichte".

### Konservative gespalten

Der Wahlkampf, der bis vor wenigen Tagen hauptsächlich auf den ökonomischen und sozialen Sektoren der Parteiprogramme geführt wurde, bekam durch die Einbeziehung der Situation in Rhodesien, vor allem aber durch die Erklärung der Westeuropäischen Union, eine außenpolitische Tendenz.

Während die konservativen Extremisten mit der Rebellenregierung Smith Verhandlungen wünschten, die gemäßigeren Kreise der Tories auch die afrikanischen Partner berücksichtigen wollen, wirft Wilson der konservativen Parteiführung vor, daß sie "einen Akt der Rebellion gegen die Krone, das britische Parlament und gegen die Meinung und das Gewissen der Welt legalisiert".

Es wäre für die Tories sicher besser gewesen, wenn sie sowohl die rhodesische Frage als auch das europäische Problem nicht in die parteipolitischen Auseinandersetzungen einbezogen hätten; denn es zeigt sich nunmehr nur zu deutlich, daß sie hier und auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik hoffnungslos gespalten sind. Bisher haben sie den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft niemals ernst genommen, seitdem de Gaulle im Januar 1963 in Brüssel Heath und seinen sich damals in der Regierung befindlichen Freunden den Eintritt in die EWG verweigerte. Schon damals bildeten sich Organisationen konservativer Richtung, die in Versammlungen und Druckschriften vor dem europäischen Engagement warnten. In der rechten Wochenzeitschrift "Time and Tide" erschien vor etwa drei Wochen ein Beitrag, der als Nachdruck mit dem Titel "Ein Manifest an Mr. Heath" als Massenaufgabe verschickt wurde. "Tausende von informierten Konservativen", wird in dem Artikel gesagt, "glauben, daß (durch den Eintritt in die EWG) eine Zukunft voller Ungewissheiten eintritt, eine Senkung und keine Steigerung unseres ökonomischen Standards entsteht und selbstverständlich das Ende unserer unabhängigen Position in der Welt gefördert wird." Heath sage richtig, fährt der Artikel fort, "daß wir unsere Abhängigkeiten von den USA beenden müssen; aber müssen wir dann von Deutschland, Frankreich und Italien abhängig sein?"

### Labour wünscht Beitritt zur EWG

Im Gegensatz zu Berichten in einem Teil der deutschen Presse ist der Standpunkt der Labour-Regierung klar und eindeutig. Am 18. März erklärte Harold Wilson in Bristol: "Seit Übernahme der Regierung haben wir an einer Besserung der Beziehungen mit Frankreich gearbeitet. Die Regierung sieht durch die kürzlich erfolgten Erklärungen in Frankreich und der EWG den Weg frei zum Eintritt in die EWG, wenn geeigneten Voraussetzungen und Bedingungen zugestimmt wird." Ähnlich wird im Regierungsprogramm erklärt: "Labour glaubt, daß Großbritannien in Verbindung mit den Mitgliedern der EFTA bereit sein sollte, der EWG beizutreten, vorausgesetzt, daß wichtige britische und Interessen des Commonwealth gewahrt bleiben. In diesem Zusammenhang findet der Satz der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Käthe Strobel seine Bedeutung, den sie in ihrer Rede vor dem Bundestag am 27. Januar 1966 erwähnte: "Beide Seiten können natürlich nicht das Unmögliche verlangen."

Aber schon schreibt der ehemalige Deutschlandkorrespondent des liberalen "Guardian", Terence Prittie, "Ob die französische Erklärung aufrichtig den Beitritt Großbritanniens wünscht, oder ob sie mehr als eine Geste zu bewerten ist, die die Aufmerksamkeit von dem Rückzug Frankreichs aus der NATO ablenken soll, wird noch zu prüfen sein."